

PETER SCHÄFER

ZWEI ... EINS ... NULL – STAATENLÖSUNG

«Zwei Staaten für zwei Völker» heißt das dogmatische Lösungsszenario für den israelisch-palästinensischen Konflikt. Vor Ort ist dieser Ansatz jedoch bereits Geschichte, wobei geplante, diskutierte palästinensische Alternativen noch nicht existieren. Dabei sprechen israelische Politiker nun offen über das, was bereits seit langem Praxis ist, ein Israel vom Mittelmeer bis zum Jordan.

Mitte August ging ein Aufatmen durch internationale Politik und Medien. «Israelis und Palästinenser verhandeln wieder miteinander». Man wäre sich zwar bewusst, dass das kein leichtes Unterfangen werde, aber endlich ginge es wieder vorwärts.

Im nahöstlichen «Und täglich grüßt das Murmeltier» begann wieder ein neuer Tag. Die Konfliktparteien bekundeten ihren Willen zum Frieden und lassen sich zusammen mit ausländischen Staatsoberhäuptern ablichten. Deren mahnende, dennoch hoffnungsvolle Äußerungen werden tausendfach kopiert. Und am Ende scheitert der «Prozess», die Verwundung ist groß, und alles fängt wieder von vorne an. Soweit zur Kulisse.

PALÄSTINENSISCHES TEAM OHNE MANDAT

«Friedensgespräche» sind in Palästina kein großes Thema mehr. Zwar regten sich viele noch darüber auf, als Präsident Abbas im August unter den gegebenen Bedingungen in Gespräche einstieg. Öffentliche Proteste blieben jedoch klein und wurden von der Polizei schnell mit Gewalt beendet. Nach 20 Jahren ergebnislosem Friedensprozess hat das Interesse der Menschen daran sehr stark nachgelassen. Darüber hinaus ist die Bevölkerung in Inhalte der Verhandlungsführung sowieso nicht eingebunden. Alles ist geheim. Die Palästinenser wissen gar nicht, was «ihr» Team in den Gesprächen mit den Israelis macht. Im Gegensatz zur israelischen Gesellschaft werden in der palästinensischen denn auch kaum Verhandlungsstrategien oder politische Konzepte debattiert.

«Ich weiß, wir haben euch enttäuscht», entschuldigt sich der palästinensische Chef-Unterhändler Saeb Erekat derzeit in

einer von der Genfer Initiative organisierten und den USA gesponserten Werbekampagne¹, «ich weiß, wir haben euch in den letzten 19 Jahren keinen Frieden gebracht.» Damit wendet er sich allerdings nicht an die palästinensische, sondern an die israelische Öffentlichkeit. Rechtfertigungsdruck verspürt die palästinensische Führung gegenüber ihren Landsleuten nicht. In der Westbank ist die Zweistaatenlösung Doktrin. Zu diskutieren gibt es also nichts. Wer anderer Meinung ist, macht mit der Staatsgewalt Bekanntschaft. Und die ist nicht nur nicht zimperlich, sondern dank europäischer und US-amerikanischer Hilfe jetzt auch «technisch ausgebildet». Diskussionskultur und Meinungsfreiheit, eigentlich traditionelle Elemente der palästinensischen Gesellschaft, passen offenbar nicht in die Zukunftsvorstellungen der palästinensischen Führung.

Diese gibt sich unterdessen freie Hand. Ein Parlament existiert nicht. Zunächst für den 17. Juli 2010 anberaumte Lokalwahlen wurden gestrichen, nachdem sich eine Fatah-Niederlage in Städten wie Nablus und Hebron abzeichnete. Und der Präsident, dessen Amtszeit Anfang des Jahres bereits abließ, setzt die Regierung nach eigenem Gutdünken ein. Der massive Ausbau der palästinensischen Sicherheitsapparate in der Westbank ist vor diesem Hintergrund zu sehen.

«Bei uns kommt ein Polizist auf 50 Einwohner», sagt ein Aktivist. «Zukunftsprognosen sind da keine Kunst: Diktatur statt Demokratie.»

«ÖKONOMISCHER FRIEDEN»

Der 1993 in Oslo beschlossene «Friedensprozess» hätte bereits vor elf Jahren in die palästinensische Staatsgründung münden müssen. Hat er aber nicht, und Israelis und Palästinenser haben ein ausgefeiltes Repertoire gegenseitiger Schuldzuweisungen ausgearbeitet. Für einen Verhandlungsprozess hat davon aber nichts Relevanz, solange sich keine einflussreiche unabhängige Instanz zur Vermittlung einschaltet.

¹ www.youtube.com/user/HeskemTV#/u/0/mHFtptCmmmY.

Deutlich ist jedoch die drastische Zunahme israelischer Kontrolle über das Territorium der Westbank während der «Friedensjahre». Etwa 60 Prozent der Westbank sind «Area C», nach langjähriger Praxis also Israel. Die Zeichen standen nie auf einer israelischen Räumung der Westbank. Während der sieben Jahre nach 1993 hat Israel die Zahl seiner Siedler dort verdoppelt und ein ihnen vorbehaltenes Straßensystem entwickelt. Der größte Teil der nach den Oslo-Verträgen palästinensischen Landstriche wird ebenfalls vom israelischen Militär kontrolliert. Den Palästinensern werden lediglich die Städte überlassen, jedenfalls solange sie die israelischen Sicherheitsanforderungen erfüllen.

Der Oslo-Prozess wird heute von ausländischen Finanzhilfen am Leben gehalten. Diese seien zu sehen im Kontext des Drucks auf die palästinensische politische Führung, «die Idee abhängiger Selbstverwaltung in Bruchteilen des historischen Palästina und unter israelisch-westlicher Hegemonie zu akzeptieren, an Stelle eines befreiten und unabhängigen Palästina», so der hiesige «Entwicklungs»-Kritiker Khalil Nakhleh². «Geld und «Hilfe» sorgen maßgeblich dafür, dass der Prozess weiterläuft und seinen Zielen treu bleibt.» Dass die internationale Entwicklungshilfe bisher wenig fruchtete, ist aber nicht nur die Ansicht der palästinensischen Linken. «Es war bisher fast unmöglich», so Dr. Ghania Malhis³ vom PA-nahen Think Tank MAS im März zu den internationalen Milliardenhilfen der letzten 15 Jahre, «vor Ort irgendeine positive Wirkung all dieser mobilisierten Ressourcen zu erkennen.»

Ausländische Besucher in Palästina hören so etwas gar nicht gerne. Man vermisst positives Denken und die Würdigung all der kleinen Friedensanstrengungen. Die Israelis können das besser. «Letztendlich wird der Nahe Osten, nachdem wir den Frieden erreicht haben, in einem gemeinsamen Markt vereinigt sein», dachte Shimon Peres⁴, heute Präsident Israels, bereits 1993, im Jahr des israelisch-palästinensischen (Oslo-) Abkommens, schon weiter. In europäischen Ohren klingt das angesichts der eigenen Geschichte nach 1945 gut. In der Nahostversion des ökonomischen Friedens geht es allerdings nicht um gegenseitige Anerkennung oder gerechten Frieden, sondern darum, die Palästina-Frage als politischen und ökonomischen Störfaktor aus dem Spiel zu nehmen. 1993 wurde Peres' Plan von den arabischen Nachbarn noch zurückgewiesen. Es war klar, dass sie angesichts des im regionalen Vergleich hohen israelischen Bruttosozialprodukts von einem gemeinsamen Wirtschaftsraum nicht profitieren würden.

Heute sieht das anders aus. Jordanien hat sich unter König Abdullah II. wirtschaftlichen Vorstellungen aus dem Westen weiter «geöffnet». In die jordanische Stadt Mafraq beispielsweise wird in «Industrieentwicklung und einen Warenumschlagplatz von Weltklasse» investiert⁵. Die Stadt «ist die Verbindung eines modernen Autobahnsystems zwischen Jordanien, Syrien, Irak und Saudi-Arabien». Israel ist angesichts der politischen Lage noch nicht Teil der Liste. «Die Grundstückspreise dort steigen wie verrückt», berichtet jedoch ein Mafraq-Kleinanleger. «Die Stadt wird einmal in der Mitte zwischen Haifa und Bagdad liegen.» Es heißt, dass Teile der palästinensischen Führung und Israelis (über Verbindungsleute) dort ebenfalls beträchtliche Summen investiert hätten.

Zwischen dem Irak und Palästina gibt es in dieser Hinsicht noch eine andere Verbindung. «Der Entwicklungsplan von [Palästinas Premierminister Salam] Fayad wurde von Mitar-

beitern des DFID [British Department for International Development] geschrieben», berichtet eine Entwicklungskritikerin von der Birzeit-Universität. «Sie kamen direkt aus dem Irak zu uns. Unser Plan ist im Prinzip eine Kopie des irakischen.» Peres hat unterdessen an einem «Korridor ökonomischen Friedens» gearbeitet.⁶ Hier geht es zum Beispiel um einen Kanal zwischen dem Roten und dem Toten Meer. Letzteres, dessen Westbank-Strände vollständig in der Hand israelischer Siedler sind, soll so vor Austrocknung bewahrt und touristisch weiter erschlossen werden. Die Planungen haben bereits begonnen. Auch von einem israelisch-jordanischen Flughafen ist bei Peres die Rede. Heute ist ein Flughafen für palästinensische Warennutzung mit japanischer Hilfe in Planung, auf jordanischem Boden. Die – auch mit bundesdeutscher Hilfe – im Planungsstadium befindlichen neuen Industriezonen in der Westbank, in denen, wie schon in Jordanien, billige Arbeitskräfte in ungesicherten Jobs für palästinensische und ausländische Investoren beschäftigt werden sollen, werden die Nutznießer dieses Flughafens sein. Das Jordantal, also die Grenze zur Außenwelt, ist für Palästinenser bereits nur noch mit israelischer Genehmigung zugänglich. Das soll nach Ansicht israelischer Politiker auch nach einer eventuellen palästinensischen Staatsgründung so bleiben. Die Vorstellungen reichen von langfristiger Pacht bis zur Annexion. Mit dem palästinensischen Streben nach staatlicher Unabhängigkeit bzw. Freiheit von Besatzung haben «Friedensprozess» und Entwicklungshilfeindustrie jedenfalls nichts mehr zu tun. Die Interessen der wirtschaftlichen und politischen Eliten Palästinas haben, geschützt von der Polizei, ihr Auskommen mit der israelischen Besatzung gefunden. Wer die richtigen Verbindungen hat, kann in dieser Situation sehr viel Geld verdienen. Die meisten ausländischen Organisationen, die ihre Etats – also Steuergelder oder Spenden – in den palästinensischen «Staatsaufbau» investieren, profitieren ebenfalls.

Und der Gazastreifen? Der ist von allen Seiten abgeriegelt. Israel hat zwar den größten Teil der Kontrolle über die Grenze nach Ägypten abgegeben und fliegt nur noch ab und zu Luftangriffe. Allerdings weist die Regierung in Kairo die dahinterstehende Absicht, Ägypten die Verantwortung für die Bevölkerung im Gazastreifen zu übertragen, zurück und hält die Grenze dicht. Kairo steht damit zwar im Einklang mit internationalem Recht, wovon die eingesperrten 1,5 Millionen Menschen aber auch nichts haben.

MEHRHEIT FÜR ZWEISTAATENLÖSUNG?

Laut einer Umfrage⁷ des Jerusalemer Media and Communication Centre vom September präferieren 53,4 Prozent der Palästinenser die Zweistaatenlösung. Danach würde ein palästinensischer Staat auf der Basis (nicht entlang) der sog. 1967-Linie entstehen, an der Seite Israels. Wunschen und Machbarkeitsanalyse sind allerdings nicht dasselbe. So mag sich die Mehrheit zwar einen eigenständigen palästinensischen Staat wünschen. Die Frage, ob sie das noch für

² Nakhleh, Khalil: People-Centered Liberationist Development in Palestine, Entwurf, Veröffentlichung 2011. ³ Malhis, Ghania: International Assistance in Support of the Palestinian Economy. The Role of Regional Partners, UN seminar, 25.3.2010, Vienna. ⁴ Peres, Shimon: The New Middle East, New York, 1993. ⁵ www.jordaninvestment.com/BusinessandInvestment/Wheretoinvest/KHBTDevelopmentAreaMafraq/tabid/264/language/en-US/Default.aspx. ⁶ Gov't okay Peres' economic peace corridor plan as national project, Haaretz, 12.03.2007, www.haaretz.com/news/gov-t-okay-peres-economic-peace-corridor-plan-as-national-project-1.215366. ⁷ www.jmcc.org. Poll no. 71, September 2010.

möglich halten, wurde jedoch nicht gestellt. Das Umfrageergebnis einer NGO, deren Chef gleichzeitig das Regierungspresseamt leitet, muss darüber hinaus prinzipiell bezweifelt werden.

Durchdachte und diskutierte Alternativkonzepte zur Zweistaatenlösung gibt es jedoch in Palästina nicht. Einige Linke fordern zwar seit Jahrzehnten einen gemeinsamen, säkulareren, demokratischen Staat für alle zwischen Mittelmeer und Jordan lebenden Menschen. Und gleichermaßen werden offizielle Vertreter Palästinas nicht müde, auf die Unmöglichkeit eines eigenen Staates in Westbank und Gazastreifen zu verweisen, sollte Israel nicht auf dortigen Siedlungsbau verzichten. Man werde ansonsten gezwungen, über die «Einstaatenlösung» nachzudenken. Hochrechnungen zum (schwachen) jüdischen und (starken) palästinensischen Bevölkerungswachstum machen diese Äußerung zur Drohung. Das Schwingen der Demografiekeule sagt den Israelis: Entweder ihr beendet die Besatzung und lasst eine palästinensische Staatsgründung zu. Oder wir werden einmal mehr als ihr sein und dann könnt ihr mal sehen. (Das Argument ist bei israelischen Befürwortern von Abriegelung und Bevölkerungstransfer nicht weniger beliebt.)

Konzeptionell und strategisch unterfüttert wird das aber alles nicht. Was sind die realistischen Szenarien für Territorium, Bevölkerung, Flüchtlinge? Wie könnte ein geordneter Übergang stattfinden? Wie könnte die Palästinensische Autonomiebehörde aufgelöst werden, ohne dass Gesundheits-, Bildungs- und andere Systeme zusammenbrechen? Auch wird der dem Demografieargument inhärente Rassismus nicht problematisiert. Als politisches Druckmittel eignen sich solche Ideen, die bisher noch auf akademischen oder Aktivistenebenen verharren, jedenfalls noch nicht. Die Vertreter derselben werden entweder gütig belächelt oder wütend ausgeschlossen.

Das Konzept der «Zweistaatenlösung» baut jedoch insgesamt auf ethnische oder religiöse Trennung und nicht auf die Anbahnung eines friedlichen Miteinander. Ihre Debatte sollte deshalb geöffnet werden. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Konzept des gemeinsamen Staates könnte die Verhandlungen um eine von beiden Seiten annehmbare Zweistaatenlösung beflügeln. Diese ist angesichts der Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern sowieso die einzige, die derzeit ohne Bürgerkrieg praktikabel wäre. Das Mitdenken eines gemeinsamen Staates für alle Bewohner von Palästina/Israel könnte jedoch bereits die Weichen für eine weniger diskriminierende Zukunft stellen, die nicht mehr von Separation und (abhängiger) Kleinstaaterei geprägt ist.

DER GEMEINSAME, DEMOKRATISCHE STAAT

«Die wesentliche Attraktivität einer gemeinsamen (single-state) Demokratie ist, dass sie allen Menschen den Genuß der Vorzüge des Landes ermöglicht. Gleichzeitig können so charakteristische Bevölkerungsgruppen bewahrt und ihre spezifischen Interessen bedient werden. Sie hat das Potenzial, den Konflikt vom Territorium zu trennen, sowie Demografie und Ethnie als Quellen für politische Macht und Legitimität zu neutralisieren.» So fasst das der Autor Ali Abunimah⁸ zusammen. Die Vertreter dieser Idee sagen, dass, auch wenn eine Mehrheit beider Gesellschaften ein Zusammenleben mit «dem Anderen» ablehnt, die physischen und ökonomischen Gegebenheiten ein anderes Szenario gar nicht mehr zulassen.

Nun haben die Verfechter dieser Lösung meist einen nicht-religiösen, politisch linken Hintergrund und stellen mit dieser Zuschreibung nur einen sehr kleinen Teil der Gesellschaft. Die Einsicht, dass ein souveräner Staat in Westbank und Gazastreifen nicht mehr möglich ist, ist jedoch weitaus verbreiteter.

Die «Einstaatler» sind sich durchaus bewusst, dass ihre Lösung ebenfalls eine harte Zukunft verspricht. Es ginge um nicht weniger, als den Kampf um gleiche Rechte für alle, ein Szenario, das hier häufig mit Apartheid-Südafrika verglichen wird. Nach 400 Jahren weißer Herrschaft wurden dort eine friedliche Lösung und Versöhnung für völlig unmöglich gehalten, so Abunimah. «Aber es passierte trotzdem.»

Der südafrikanische Ökonom Patrick Bond veranschaulichte auf einer Konferenz an der Birzeit-Universität Ende September, dass wirtschaftlicher Druck das Apartheid-System zu Fall gebracht habe. Hinsichtlich der möglichen Gewinne der israelischen Wirtschaft in einem erweiterten und frei zugänglichen Westasien und Nordafrika, sind im hiesigen Kontext wirtschaftliche Beweggründe ebenso wahrscheinlich.

ISRAELS RECHTE DISKUTIERT EINSTAATENLÖSUNG

Mittlerweile hat sich in Israel jedoch gezeigt, dass die Idee des einen «Staates für zwei Völker» auch unter Vorzeichen diskutiert werden kann, die nichts mit Völkerverständigung zu tun haben. Die Einschätzung der palästinensischen Einstaatenvertreter hinsichtlich der Unmöglichkeit der Zweistaatenlösung wird zwar geteilt. Allerdings unterscheiden sich die Sichtweisen hinsichtlich Demografie, Ethnizität und Bürgerrechten. Und der Gazastreifen mit seinen 1,5 Millionen Bewohnern ist auch nicht Teil der Überlegung. Aber da ein Ende der Besatzung der Westbank nicht absehbar sei, diese aber dem israelischen Ansehen schade, müsse man sich etwas Neues überlegen. «Jene, die, in Israel und im Ausland, die israelische 'Besatzung' von Judäa und Samaria [Westbank, P.S.] als etwas unaushaltbar Böses betrachten, dürften durch einen solchen Wechsel sehr erleichtert sein.» Schreibt Moshe Arens (Likud), ehemaliger Verteidigungs- und Außenminister Israels.⁹

Die *Haaretz* stellte das Spektrum der Ansichten in einem Artikel vom 15. Juli dar.¹⁰ Die Interviewten sind zwar nicht vernetzt, ein Bündel von Vorstellungen eint sie jedoch: Zwischen Meer und Jordan ist nur Platz für einen Staat, einen jüdischen Staat; es ist besser, den Palästinensern Bürgerrechte zu geben, als das Land zu teilen; Anerkennung palästinensischer Menschenrechte (nicht der politischen).

Sie unterscheiden sich jedoch in ihren Vorstellungen zur zeitlichen Durchführung. Zuerst gehe es um ein Ende der Diskriminierung gegen die palästinensischen Bürger Israels (bei gleichzeitigem Vorgehen gegen die Oppositionellen). Erst nach einer weiteren Generation oder «in vielen Jahren» könne es dann um die «mögliche Anerkennung weiterer Minderheiten» gehen. Wer jüdische Souveränität nicht akzeptiere, «hat keinen Platz im Lande Israel». Kurz gesagt geht es also um einen Prozess, «an dessen Ende die Palästinenser

⁸ Abunimah, Ali: One country. A bold proposal to end the Israeli-Palestinian impasse, New York, 2006. ⁹ Arens, Moshe: Is there another option? Haaretz Online, 2 June 2010, www.haaretz.com/print-edition/opinion/is-there-another-option-1.293670. ¹⁰ Endgame, Haaretz, 15 July 2010, www.haaretz.com/magazine/friday-supplement/endgame-1.302128.

in den Genuss voller Persönlichkeitsrechte kommen, aber in einem Land, dessen Symbole und Geist jüdisch bleiben.» Die derzeitigen Debatten im israelischen Parlament und die internationalen Bezüge auf den jüdischen Charakter Israels weisen bereits in diese Richtung.

Es werden bisher nicht mehr als Ideen vorgetragen. Diese fußen allerdings jetzt auf der tatsächlichen israelischen Politik in den besetzten Gebieten. Die Argumente sind durchdrungen von der Anerkennung der Menschenrechte – eine Vertreibung der Palästinenser anhand ethnischer Zuschreibungen wird abgelehnt – und einem «Sicherheitsdenken», dass durch den «War on Terror» international gangbar wurde. Und die Ideen werden von teils einflussreichen Politikern vorgebracht. In diesem israelisch-palästinensischen Klima, unveränderter US- und EU-Politik und bei möglicher Akquise großzügiger Spenden zur politischen und öffentlichkeitswirksamen Entwicklung der Idee, gibt es keinen Grund anzunehmen, dass sich ein daran angelehntes Konzept in wenigen Jahren nicht zur international akzeptierten Realpolitik mausert. Insbesondere, wenn die Vorteile für Israel in punkto Sicherheit und wirtschaftliche Gewinne klar erkennbar sind. Moshe Arens formulierte sozusagen bereits die Grundidee für die kommende PR-Kampagne. Es komme auf eine gute Behandlung der «arabischen Bevölkerung» Israels an. Dieses habe eine

positive Ausstrahlung auf die Palästinenser in den besetzten Gebieten, die dann in einem nächsten Schritt assimiliert werden könnten. Das hört sich doch schon gut an.

«Für Siedler und andere rechte Israelis, die für das «Ein-Staat-Konzept eintreten», resümiert die Anwältin Diana Buttu¹¹, vormalige Beraterin des PLO-Verhandlungsteams, «geht es nur um die Vergrößerung Israels, nichts anderes.» Wie sich die verschiedenen palästinensischen Akteure zu diesem Szenario stellen werden, bleibt abzuwarten. Weitere blutige Konfrontationen sind jedoch sicherlich keine abwegige Prognose. Weder in Berlin, Brüssel oder Washington wird die gründliche Erörterung von Alternativszenarien zum gegenwärtigen Zweistaaten-Dogma zugelassen. Die Einsicht, dass ein Konzept, das sich in zwanzig Jahren um keinen Millimeter vorwärts bewegen ließ, gründlich überdacht werden sollte, muss sich erst noch durchsetzen.

Peter Schäfer ist Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Palästina.

¹¹ Buttu, Diana: A state of equality, 30 August 2010, www.bitterlemons.org.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de